



P.P. CH-3003 Bern

GS-EJPD

POST CH AG

Auslandschweizer-Organisation
Herr Filippo Lombardi, Präsident
Frau Ariane Rustichelli, Direktorin
Alpenstrasse 26
3006 Bern

Bern, 12. April 2022

Verbot des Gebrauchs von Nazi-Symbolen im öffentlichen Raum

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Frau Direktorin

Auch im Namen des Bundespräsidenten danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 17. März 2022 und die Übermittlung des Ersuchens der Schweizer Auslandschweizer-Organisation, den Gebrauch von Nazi-Symbolen im öffentlichen Raum zu verbieten.

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass sich der Bundesrat, anders als in der Begründung des Ersuchens dargelegt, nicht für die generelle Straffreiheit der Verwendung von Nazi-Symbolen ausgesprochen hat. Gemäss Artikel 261^{bis} Absatz 2 des Strafgesetzbuchs (StGB, SR 311.0) ist es unter anderem verboten, öffentlich Ideologien zu verbreiten, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung der Angehörigen einer Rasse, Ethnie oder Religion gerichtet sind. Nach der Rechtsprechung fällt die nationalsozialistische Ideologie unter Artikel 261^{bis} StGB. Die öffentliche Verwendung von Nazi-Symbolen ist nach geltendem Recht somit strafbar, wenn der Täter beabsichtigt, Dritte zu beeinflussen und für die nationalsozialistische Ideologie zu gewinnen. Nur wenn er sich darauf beschränkt, seine persönliche Überzeugung zum Ausdruck zu bringen, ohne die Ideologie gegenüber Dritten zu verbreiten, bleibt er heute straflos.

Der Bundesrat und das Parlament haben sich in den vergangenen Jahren unter dem Gesichtspunkt der Meinungsäusserungsfreiheit gegen die Ausweitung der geltenden Strafnorm ausgesprochen. Dies bedeutet aber nicht, dass der Bundesrat die Augen vor der Zunahme von antisemitischen Vorfällen verschliesst. Vielmehr habe ich das Bundesamt für Justiz (BJ) beauftragt, den Handlungsbedarf und die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten vor dem erwähnten Hintergrund zu prüfen. Ihr Anliegen wird somit im Rahmen der laufenden Arbeiten des BJ geprüft.





Ich freue mich darauf, auch in Zukunft auf den Beitrag Ihrer Organisation zur demokratischen Debatte zählen zu können.

Freundliche Grüsse



Karin Keller-Sutter
Bundesrätin